Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittag 4 Uhr Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.50 Mk., Post ohne Bestellgeld monatl. 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklameteil (3gesp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei undeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 5

Nummer 43 — Sonnabend, den 7. April 1928 — 39. Jahrgang

Amtliches.

Wegesperre.

Wegen Einbau wird die Straße von Erdmannshain nach Naunhof vom 10. bis 14. April gesperrt. Aller Fahrverkehr wird über Fuchshain verwiesen.

Erdmannshain, den 7. April 1928. Der Gemeinderat.

Weltliche und geistliche Lebensmächte

Schnapsschmuggelgeschichten. — Die Herrschaft der Bomben. — Die Welt in Aufruhr.

Mit einigen unliebenswürdig geschwungenen Stuhlbeinen, mit lautem Wettstreit der Gesänge hat er bei uns angefangen, der große Wahlkampf, kaum daß der Reichstag seine Pforten geschlossen hatte. Nicht weit von Berlin sind die politischen Gegner in einer Wahlversammlung hart aneinandergeraten und die Polizei mußte die aufgeregten Gemüter freundschaftlich trennen, auf daß kein größeres Unheil angerichtet wurde.

Ein verhältnismäßig unschuldiger Auftakt zu einer Wahlschlacht, von deren Ausgang sich viele Leute in Deutschland wahre Wunderdinge zu versprechen scheinen. In Amerika, das sich ja allmählich auch auf die neue Präsidentenkampagne vorzubereiten beginnt, würde man lächeln über die Zumutung, sich über solche bloßen Stimm- und Faustkämpfe sonderlich aufregen zu sollen. Dort wird mit ungleich stärkeren Argumenten gearbeitet: Die Bombenfliegen nur so durch die Luft — in Chikago allein wurden schon fünfzig Anschläge dieser Art gegen politische Gegner verzeichnet, oder was man sonst „politische" Gegner in den Vereinigten Staaten zu nennen pflegt. Ganz genau wissen es ja Republikaner und Demokraten, die sich drüben mit der gleichen Erbitterung bekämpfen wie bei uns etwa Deutschnationale und Sozialisten, selber nicht zu sagen, in welchen grundlegenden politischen Überzeugungen sie sich gegeneinander so sehr abheben, daß ein Kampf auf Leben und Tod zwischen ihnen geboten wäre. Und so werden, um der Wählermasse die Notwendigkeit dieses Bürgerkrieges trotzdem begreiflich zu machen, die schrecklichsten Schwindel-, Betrugs- und Korruptionsskandale aufgebracht und zur Achtung der Gegenpartei an die große Glocke gehängt. Besonders beliebt sind in diesem Wahlfeldzug die Schnapsschmuggelgeschichten, mit denen sich die Bevölkerung offenbar leicht aufwiegeln läßt; man braucht dabei nur zu behaupten, daß ein politischer Gegner von diesen Elementen Bestechungsgelder angenommen habe, um sein Schäfchen „ins Trockene" zu bringen, und der Mann ist dann so gut wie geliefert. Als in Chikago dieser Tage ein lokaler Führer mit einigen fünfzig Kugeln im Rücken tot aufgefunden wurde, hieß es kaltblütig, dieser Joe habe Schnapslieferanten, von denen er Gelder genommen habe, um sie vor den Trabanten des Gesetzes zu schützen, verraten, also sei ihm recht geschehen, und damit basta. Kann man sich bei solchen Zuständen schließlich darüber wundern, daß die Geistlichkeit der Stadt am Ostersonntag in einem Radiovortrag die ganze Bevölkerung der Vereinigten Staaten bitten will, die Hilfe Gottes anzurufen zur Besserung dieser öffentlichen Zustände im Lande, nachdem alle Menschenversuche, der „Herrschaft der Bomben" Einhalt zu gebieten, zu nichts geführt hätten? Man kann den guten Chikagoern nur wünschen, daß nicht auch diese ihre letzte Hoffnung auf Buße und Umkehr zuschanden werden möge.

*

Genau so wie die Kirchenfürsten von Chikago jetzt ihre letzte Zuflucht zu den himmlischen Mächten nehmen, um deren Einwirkung auf die immer ärger werdende Verwilderung dieses irdischen Jammertales zu erflehen, genau so hat auch der Kardinalerzbischof von Wien, Dr. Piffl, in der Karwoche auf einer großen Kundgebung des Volksbundes der Katholiken Österreichs die Allmacht Gottes angerufen gegen den sittlichen Verfall unserer Zeit. Er sieht das Volk, trotz der schweren Heimsuchung des Weltkrieges, von reinem Genußleben erfaßt in tollem Reigen der Sinneslust und der Menschheitsanbetung sich vorwärts- oder vielmehr abwärtsbewegen, sieht jede Liebe zur Arbeit über Bord geworfen, ja, hält die Menschen von heute überhaupt nicht mehr für fähig, den Begriff der Arbeit als einer Gottesgabe zu erfassen, weil für sie die Quellen der Religion versiegt sind. Er weiß keine andere Rettung als die Rückkehr zur Frömmigkeit und Kirchlichkeit, wird sich aber gewiß keiner Täuschung darüber hingeben, daß der gegenwärtige, gerade eben aus den Verzweiflungen des Krieges geborene Zeitenstrom erst einmal abflauen muß, ehe die Menschen wieder zur Selbstbesinnung und zur Selbstbescheidung fähig sein werden.

*

Ob es dazu beitragen wird, diesen Prozeß zu beschleunigen, daß sogar auch der Papst jetzt den Kampfplatz der Meinungen beschritten und in einer entrüsteten Kundgebung gegen den Faschismus das göttliche und deshalb unverjährbare Recht der Kirche auf Mitwirkung bei der Erziehungsarbeit für die heranwachsende Jugend mit Nachdruck geltend gemacht hat? Mussolini geht aufs Ganze, das weiß der Papst sehr genau, und so soll ihm auch die Jugend als Baustoff für den Staat dienen, für seinen Staat und nur dazu. Der Papst aber kann sich nie und nimmer damit einverstanden erklären, daß der Daseinszweck der Menschen sich völlig im diesseitigen Leben, und sei es auch für die weltliche Gemeinschaft einer großen Nation, erschöpfen soll, und noch weniger wird er dazu schweigen können, daß der freie Wettbewerb auf diesem Gebiete der Kirche durch Zwangsmittel der Staatsgewalt unmöglich gemacht werden soll.

Wie man also sieht, ein ungleich größere Ausgabe der gleichen Gegensätze, um die jetzt in Deutschland eben erst in dem Kampf um das Reichsschulgesetz so erbittert und so vergeblich gestritten worden ist. Die Welt ist in Aufruhr, hier mehr, dort weniger. Halten wir fest an dem Glauben, daß die wahren Quellen des Lebens zwar verschüttet, aber niemals völlig trockengelegt werden können. Sie werden den Damm und den Schlamm der bloßen Diesseitigkeiten des Daseins wieder durchbrechen, wenn die Zeit für eine neue Erlösung und Auferstehung der Menschheit gekommen ist.

Dr. Sy.

Der Reparationsagent auf Reisen

Regelung der Kriegsschulden?

Parker Gilbert in Paris und Rom.

Die durch Poincarés Rede in Fluß gekommene Debatte über die Regelung der Kriegsschulden hat doch größere Wirkungen gezeitigt, als man anfangs nach der ablehnenden Haltung der Vereinigten Staaten erwarten konnte.

Der in der Regel in Berlin wohnende Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, hat vier Tage in Paris geweilt und ist, nachdem er vorher London einen Besuch abgestattet hatte, nach Rom weitergereist. In London soll er mit Vertretern der Bank von England und den hohen Beamten des Schatzamtes verhandelt, in Paris mit dem Leiter der Bank von Frankreich und in Rom das Reparations- und Kriegsschuldenproblem mit dem italienischen Finanzminister erörtert haben. Parker Gilbert kenne, heißt es in Paris, die politische und finanzielle Lage Deutschlands und wisse, daß Deutschland die erste Gelegenheit ergreifen werde, die Revision des Dawes-Planes resp. die Begrenzung der Jahreszahlungen des Dawes-Planes zu fordern.

In Paris soll man nicht abgeneigt sein, der Begrenzung der Zahlungen zuzustimmen, vorausgesetzt, daß gleichzeitig eine allgemeine Regelung der Kriegsschulden erfolge.

Parker Gilbert hat seine Rundreise sicherlich angetreten, um sich über die Meinungen zu der Frage in den verschiedenen Hauptstädten zu informieren.

Amerikanische Stimmungen.

Aus den Vereinigten Staaten, deren Ansicht schließlich die ausschlaggebende ist, wird die Absicht der Auskunfteinholung durch Parker Gilbert zugegeben, zugleich aber betont, daß in der nächsten Zeit kaum an eine wichtige Entschließung zu denken sei. Man macht darauf aufmerksam, daß eine offizielle Behandlung der verschiedenen Fragen nicht nur erst nach den französischen und deutschen Wahlen, sondern erst nach den im Herbst stattfindenden amerikanischen Präsidentschaftswahlen in Aussicht genommen werden könne. Ferner wird betont, die weitere Entwicklung hänge völlig von der grundsätzlichen Verständigung der Alliierten mit Deutschland ab. Wenn dies geschehen sei, könnten die Vereinigten Staaten der Angelegenheit nähertreten.

Keine Wahlgemeinschaft der Deutschnationalen und Volksparteiler in der Pfalz.

Getrenntes Vorgehen.

Die Verhandlungen zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei der Pfalz mußten ergebnislos abgebrochen werden, nachdem die Deutsche Volkspartei darauf bestand, daß nach der Spitzenkandidatur des Herrn Janson, der der Deutschen Volkspartei angehört, auch die zweite Stelle für die Reichstagsliste mit einem volksparteilichen Kandidaten, und zwar dem Justizrat Zapf-Zweibrücken, besetzt werden soll bzw., daß die Reststimmen der Reichsliste der Deutschen Volkspartei zufallen sollten. Eine ähnliche Forderung war für die bayerischen Landtagswahlen gestellt. Der von der Deutschnationalen Volkspartei gemachte Gegenvorschlag, den Justizrat Zapf-Zweibrücken auf die Reichsliste der Deutschen Volkspartei zu übernehmen und der Deutschnationalen Volkspartei die zweite Stelle bzw. die Reststimmen auf der Reichstagsliste zu überlassen, wurde von der Deutschen Volkspartei der Pfalz abgelehnt. Der deutschnationale Parteiausschuß hat sich mit der Lage befaßt und folgende Kandidaten für die Reichstagswahlen aufgestellt: 1. Ökonomierat Helk-Vollmarsweiler, 2. Kommerzienrat Helfferich-Neustadt a. d. Hardt, 3. Studienprofessor Hamm-Kaiserslautern, 4. Richard Schmidt, Prokurist, Pirmasens.

Riesenaussperrung in Sachsen.

330 000 Arbeiter in Frage.

Die sächsischen Metallindustriellen haben nach einer dreistündigen in Chemnitz abgehaltenen Beratung die Gesamtaussperrung aller sächsischen Metallarbeiter beschlossen. Von der Aussperrung werden rund 330 000 in der sächsischen Metallindustrie beschäftigte Personen betroffen. Die Aussperrung erfolgt am Donnerstag, dem 12. April, mit Arbeitsschluß.

Am 31. März war der Manteltarif, der die Arbeitsbedingungen für die sächsische Metallindustrie regelt, abgelaufen. Von den Verbänden wurden Verhandlungen zur Erneuerung des Manteltarifs eingeleitet, die jedoch zu keinem Ergebnis führten. Ein neuer Schiedsspruch wurde von den Arbeitgebern angenommen, jedoch von den Arbeitnehmern abgelehnt.

Einen Tag vor Beginn neuer Verhandlungen (am 3. April) traten 20 000 Metallarbeiter in verschiedenen Städten Sachsens in den Streik. Die Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium in Berlin blieben erfolglos. Als Gegenmaßnahme gegen den Streik hat nun die Vereinigung des Verbandes Sächsischer Metallindustrieller die Aussperrung aller sächsischen Metallarbeiter beschlossen.

Besseres Wetter für den Ozeanflug.

Start erwartet.

Wie aus Baldonnell gemeldet wird, lassen die Berichte über die Wetterlage eine erhebliche Wendung zum Günstigen erkennen. Man erwartet, daß die deutschen Ozeanflieger nunmehr den Flug nach Amerika antreten. Die Brennstoffvorräte der „Bremen" sind aufgefüllt worden und das Flugzeug ist bereitgemacht, so daß es jeden Augenblick starten konnte. Wie die Blätter melden, ist der zur Besatzung des Flugzeuges „Bremen" gehörende Herr Spindler nach Deutschland abgereist. „Evening Standard" zufolge verlautet, daß der Befehlshaber der irischen Luftstreitkräfte, Fitzmaurice, beabsichtigt, an Stelle Spindlers den Transozeanflug mitzumachen.

Der Streit um das russische Gold.

Nach Deutschland abgeschickt.

Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die amerikanischen Banken die russische Goldsendung im Werte von fünf Millionen Dollar nach Deutschland abgeschickt. Vordem hatten die Banken die Bank von Frankreich gebeten, ihnen einen Beweis dafür zu liefern, daß das Gold dasselbe sei, das die Bank während der Revolution in Petersburg deponiert hatte. Die Beweisgründe der Bank von Frankreich wurden von den amerikanischen Banken nicht für stichhaltig erachtet, während die Staatsbank der Sowjetunion beweisen könnte, daß Rußland dieses Gold nach der Revolution erworben habe. Die Ansprüche der rumänischen Regierung auf das russische Gold würden überhaupt nicht berücksichtigt. Bekanntlich hatte Frankreich Anspruch auf das nach Amerika gesandte russische Gold erhoben.

Die Rheinlandkommission will kein Groß-Frankfurt.

Um die besetzte Stadt Höchst.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat das preußische Gesetz vom 29. März d. J. betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt a. M. durch eine neue Verordnung vorläufig wirkungslos gemacht.

Die Besatzungsbehörde glaubt an der Angelegenheit insoweit beteiligt zu sein, als durch das Gesetz die zum besetzten Gebiet gehörige Stadt Höchst in den Stadtkreis Frankfurt a. M. eingemeindet wird, dessen Verwaltung im unbesetzten Frankfurt ihren Sitz hat. Die preußische Regierung ist bereit, auf die Besatzungsbedürfnisse Rücksicht zu nehmen, so durch eine Anordnung gemäß § 40 des Eingemeindungsgesetzes des Inhalts, daß in Höchst eine städtische Zweigstelle errichtet wird, die für alle Verhandlungen in Besatzungsangelegenheiten zuständig ist. Dies ist der Interalliierten Rheinlandkommission in Verhandlungen mit Kommissaren des preußischen Ministeriums des Innern zugesagt worden. Es ist daher bedauerlich, daß die Interalliierte Rheinlandkommission sich trotz dieser Aufklärung nicht dazu hat entschließen können, das Gesetz sofort in Kraft treten zu lassen. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete und die Deutsche Botschaft in Paris sind mit entsprechendem Vorgehen in Koblenz und in Paris beauftragt worden.

Zugspitzebahn genehmigt.

München. Das Handelsministerium hat die Genehmigung zum Bau und Betrieb der Zugspitzbahn erteilt. Die Unternehmergruppe besteht aus der Allgemeinen Lokalbahn und Kraftwerke A.-G. in Berlin, der Bank elektrischer Werte A.-G. in Berlin ud der Süddeutschen Treuhandgesellschaft A.-G. in München. Die Bahn soll als Reibungs- und Zahnradbahn von Garmisch-Partenkirchen auf die Platt und von dort als Standseilbahn elektrisch betrieben werden. Bei der Station Platt ist die Errichtung eines Gasthofes geplant. Mit den Arbeiten soll noch in diesem Jahre begonnen werden. Die Bauzeit wird auf etwa drei Jahre geschätzt.

SLUB
Wir führen Wissen.